STADT THUN

DIREKTION PRÄSIDIALES UND STADTENTWICKLUNG
STADTKANZLEI

033 225 82 19
stadtrat@thun.ch
Rathausplatz 1, 3600 Thun

thun.ch

Referenz 10524367

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 17. September 2026, 17:15 Uhr,

Stadtrat

Vorsitz: Alice Kropf

SVP:
Peter Aegerter, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Philipp Deriaz, Sonja Graf, Christoph Lauener, Alex Reymondin, Leonardo Schlatter

Grüne:
Anja Dolder-Gerhardy, Thomas Clare, Iris Lauper, Michelle Marbach, Noëmi Porfido, Melissa Gugger, Caroline Erni, Flurin Gächter

SP:
Martin Allemann, Lara Bezio, Adrian Christen, Marianna Oesch Bartlome, Franz Schori, Nina Siegenthaler

Die Mitte:
Lara Müller (während Traktandum 7, 17.25 Uhr), Angelika Zimmermann

Demokratische Allianz:
Astrick Reist

FDP:
Reto Beutler, Claude Schlapbach, Markus van Wijk

glp:
Nicolas Glauser, Michael McGarty, Vanessa Meier

Parteilos:
Visar Berisha, Eveline Bütler-Oesch, Matthias Zellweger

EDU:
Franziska Eggenberg, Mirjam Waber

EVP:
Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs

Anwesend zu Beginn

39

Gemeinderat	Stadtpräsidentin Eveline Salzmann (SVP) Vizestadtpräsidentin Katharina Ali-Oesch (SP) Reto Schertenleib (SVP) Andrea de Meuron (Grüne) Claudius Domeyer (SP) Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Christoph Stalder
Protokollantin	Judith Lüdi
Schluss der Sitzung	19:45 Uhr

Die Stadtratspräsidentin begrüsst zur Stadtratssitzung. Speziell begrüsst sie die neue Stadtpräsidentin Eveline Salzmann. Zu Beginn verabschiedet sie Manon Jaccard, die nach der letzten Sitzung aus dem Stadtrat zurückgetreten ist. Sie würdigt ihr vielfältiges politisches Engagement, unter anderem für tiefere Mahlzeitenkosten in den Tagesschulen für Familien mit kleinem Einkommen, attraktivere Spielplätze und nachhaltiges Bauen. Manon Jaccard setzte sich dafür ein, dass die Stadt bei Bauvorhaben ambitionierte Ziele verfolgt. Dies mit dem Ziel, bei der Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) den Standard Gold- oder gar Platin anzustreben, anstatt sich mit einer Nachhaltigkeit ohne Spezifikation zufrieden zu geben. Auch das Suppleantinnen-System war ihr ein wichtiges Anliegen. Die Stadtratspräsidentin dankt Manon Jaccard für ihr Engagement, die zahlreichen Diskussionen und wünscht ihr viel Freude, Erfolg und genügend Zeit.

Der Saal applaudiert.

Anschliessend heisst sie die neuen Ratsmitglieder Lara Bezio, Eveline Bütler-Oesch und Visar Berisha herzlich willkommen und wünscht ihnen viel Erfolg. Mit Blick auf die neue Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte/Parteilos äussert sie mit Augenzwinkern die Hoffnung auf eine künftig kürzere Bezeichnung. Abschliessend weist sie darauf hin, dass für die Redebeiträge im Saal Mikrofone zirkulieren.

Die Stadtratspräsidentin weist auf die Anträge der Fraktion Grüne zum Geschäft *Überbauungsordnung (UeO) bf «Dahlienweg»* hin, welchen allen zugestellt worden sind.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

92. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 2. Juli 2026

Stadtratsbeschluss

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

93. Sitzungskalender 2027

Genehmigung vom Sitzungskalender 2027

Stadtratsbeschluss

Der Rat genehmigt den Sitzungskalender 2027 stillschweigend.

94. Sachkommission Bau und Liegenschaften

Wahl von Lara Bezio (SP) anstelle der zurückgetretenen Manon Jaccard (SP)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die SAKO B+L wird als Mitglied anstelle von Manon Jaccard (SP) per sofort gewählt: Lara Bezio (SP).

95. Sachkommission Sicherheit und Soziales

Ersatzwahl von Eveline Bütler-Oesch (Parteilos) anstelle des zurückgetretenen Sandro Badertscher (Parteilos)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die SAKO Si+So wird als Mitglied anstelle von Sandro Badertscher (Parteilos) per sofort gewählt: Eveline Bütler-Oesch (Parteilos).

96. Sachkommission Finanzen Ressourcen Umwelt

Ersatzwahl von Visar Berisha (Parteilos) anstelle des zurückgetretenen Marc Fritschi (Parteilos)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die SAKO FiRU wird als Mitglied anstelle von Marc Fritschi (Parteilos) per sofort gewählt: Visar Berisha (Parteilos).

97. Wahlkommission

Wahl von Nina Siegenthaler (SP) anstelle der zurückgetretenen Sabine Lehmann (SP)

Bericht des Gemeinderates Nr. 13/2026

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 litera c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 19. August 2026, beschliesst:

1. Von der Demission von Sabine Lehmann per 6. Juli 2026 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz wird Nina Siegenthaler, geb. 1979, von Schangnau BE, Sachbearbeiterin, als Mitglied in die Wahlkommission gewählt, und zwar ab 17. September 2026 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2026 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Michelle Marbach (Grüne) gibt eine persönliche Erklärung zu den im Vorfeld gestellten Anträgen zum folgenden Traktandum *Überbauungsordnung (UeO) bf «Dahlienweg»* ab. Sie würden die Anträge umwandeln und wollen, dass die Inhalte der Anträge im Stadtratsbeschluss festgehalten werden analog dem Vorgehen beim Geschäft Bostudenzelg. Sie wollen den Prozess nicht verzögern. Inhaltlich wird sich Stadträtin Anja Doler dazu äussern.

Die Stadtpräsidentin fragt nach dem Wortlaut der im Stadtratsbeschluss gewünschten Ergänzungen, um darüber beraten zu können. Im Geschäft Bostudenzelg ging es um einen Zusatz zur Aufnahme von Bedingungen für das Wettbewerbsverfahren. Das vorliegende Geschäft kann nicht verglichen werden. Die Stadt ist nicht im Grundeigentum. Der Jurybericht liegt zudem bereits vor.

Michelle Marbach (Grüne) hat noch keine Formulierung bereit. Sie will im Stadtratsbeschluss festhalten, dass maximal 0.5 Abstellplätze für Motorfahrzeuge und mindestens 1.25 Veloabstellplätze pro Wohnung respektive Zimmer erstellt werden.

Die Stadtratspräsidentin schlägt vor, Traktandum 8 vorzuziehen, damit sich die Fraktion Grüne noch zum genauen Wortlaut beraten kann.

Peter Aegerter (SVP) weist darauf hin, dass dieses Vorgehen mit persönlicher Erklärung und Verschiebung der Traktanden unüblich ist. Er beantragt, dass allen Fraktionen die Anträge vor der Abstimmung schriftlich vorgelegt haben und vor der Abstimmung über das Geschäft ein Sitzungsunterbruch erfolgt.

Die Stadtratspräsidentin bestätigt, dass die Anträge vor der Abstimmung schriftlich für alle Stadträtinnen und Stadträte vorliegen müssen.

Der Rat beschliesst das Vorziehen von Traktandum 8 mit 22 : 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

98. Postulat P 06/2026 betreffend die Umsetzung von bestehenden rechtlichen Grundlagen zur Förderung der Biodiversität

SAKO Finanzen Ressourcen Umwelt (FiRU) vom 26. März 2026; Beantwortung

Die Stadtpräsidentin erläutert, dass sich die SAKO FiRU mit der Frage beschäftigt hat, ob Biodiversität auch auf privaten Flächen gefördert werden kann. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind grundsätzlich vorhanden. Sie verweist auf die Spezialfinanzierung Art. 2 Abs. 2 Bst. f. Sie empfehlen die Annahme vom Postulat, da verschiedene Fragen vertieft geprüft werden müssen. Insbesondere ist zu klären, ob und unter welchen Voraussetzungen Mittel aus der Spezialfinanzierung für Biodiversitätsmassnahmen auf privaten Grundstücken eingesetzt werden dürfen und unter welchen Voraussetzungen. Die Gelder sollen gezielt dort eingesetzt werden, wo sie die grösste Wirkung erzielen. Ein Giesskannenprinzip ist zu vermeiden. Zudem sind bei einer Zustimmung eine schlanke Organisation, klare Zuständigkeiten und klare Prozesse wichtig. Es soll keine Konkurrenz zu privaten Anbietern entstehen. Auch die verfügbaren Ressourcen sind zu berücksichtigen.

Franz Schori, **SAKO FiRU**, erklärt, warum sie sich mit dem Thema befasst haben, obwohl es grundsätzlich in den Zuständigkeitsbereich der SAKO P+StE fällt. Bei der Erarbeitung des Biodiversitätskonzepts lag die Federführung ursprünglich bei der SAKO FiRU. Nach der Verabschiedung vom Konzept durch den Gemeinderat wechselte die Zuständigkeit zum Fachbereich Stadtgrün und damit zur SAKO B+L. Anfang Jahr diskutierte ein Teil der SAKO informell darüber, wie Biodiversität in der Stadt Thun gefördert werden kann. Dabei stiessen sie auf die bestehenden Instrumente, das Baureglement und die Spezialfinanzierung, deren Prozesse noch nicht vertieft geklärt sind. Daraus entstand der Vorstoss mit dem Ziel, dass sich der Gemeinderat mit den Zuständigkeiten und Prozessen befasst. Die Kommission hat die Absichten des Gemeinderats an der Sitzung zufrieden zur Kenntnis genommen. Er weist zudem darauf hin, dass die SAKO FiRU von den zahlreichen Rücktritten besonders stark betroffen ist und heute zur Hälfte neu zusammengesetzt ist. Dies erschwerte die Behandlung des Vorstosses. In der Kommission fand keine formelle Abstimmung statt. Die Beantwortung wurde jedoch mit zustimmendem Nicken zur Kenntnis genommen.

Für Franz Schori, **SP-Fraktion**, klar, dass die Biodiversität ein Gebot der Zeit ist. Der vergangene Sommer mit seiner grossen Hitze und Trockenheit hat gezeigt, wie belastend hohe Temperaturen sein können. Während dicht bebaute Gebiete die Hitze speichern, herrschen im Wald deutlich angenehmere klimatische Verhältnisse. Steigen die Temperaturen weiter an, stellt sich die Frage, wie solche Hitze künftig noch auszuhalten ist. Mit verschiedenen Massnahmen, insbesondere der Förderung der Biodiversität, Grünraum und dem Pflanzen von Bäumen, kann dieser Entwicklung entgegengewirkt werden. Ziel muss es sein, auch in der Stadt ein Klima wie im Wald zu schaffen. Dies ist nicht nur eine Herzensangelegenheit, sondern eine Notwendigkeit. Der vorliegende Vorstoss ist ein mögliches Instrument, um in diese Richtung zu gehen. Er verweist zudem auf einen weiteren eingereichten Vorstoss, der noch einen Schritt weiter geht. Sie unterstützen den Antrag des Gemeinderats, da vertiefte Abklärungen notwendig und sinnvoll sind, und werden dem Postulat zustimmen.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, unterstützen das Postulat einstimmig. Sie erachtet es als wichtig, dass auch Private von der Spezialfinanzierung profitieren können, zumal sie diese ebenfalls äufnen. Dabei ist sicherzustellen, dass keine Konkurrenz zu privaten Angeboten entsteht und Mitnahmeeffekte verhindert werden.

Michael McGarty, **Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte/Parteilos**, begrüssen die Bemühungen der Stadt Thun, die Bevölkerung beim Engagement für Biodiversität zu unterstützen, sei es durch Informationen, Auskünfte oder auch Begehungen von Privatgärten mit Vorbildcharakter. Sie befürworten die Prüfung, wo Fördermittel den grösstmöglichen Mehrwert für Biodiversität erzielen können. Ein weiterer wichtiger Ansatz ist aus ihrer Sicht die Wissensvermittlung durch Unternehmen, die im Gartenbau tätig sind. Die Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/DA**, ist der Ansicht, dass Biodiversität nicht zwingend mehr Bürokratie, sondern mehr Anreize am richtigen Ort braucht. Die Stadt Thun verfügt bereits über rechtliche Grundlagen, um Biodiversität auf privaten Flächen zu fördern. Für sie ist die Prüfung einer sinnvollen Nutzung von diesen Möglichkeiten wichtig. Dabei darf kein Automatismus für neue Stellen, neue Verwaltungsstrukturen oder Giesskannenförderprogramme entstehen. Öffentliche Gelder müssen gezielt für Massnahmen eingesetzt werden, die einen nachweisbaren ökologischen Mehrwert schaffen. Doppelfinanzierungen gilt es zu vermeiden. Die Stadt Thun soll nicht parallel eigene Strukturen aufbauen, wenn private Organisationen bereits gute Beratungsangebote bereitstellen. Eine liberale Umweltpolitik beinhaltet die Förderung der Eigenverantwortung, das Schaffen von sinnvollen Anreizen und einen wirkungsvollen Mitteleinsatz. Die Fraktion unterstützt die Annahme des Postulats.

Für Melissa Gugger, **Fraktion Grüne**, ist die Biodiversität ein zentrales Anliegen. Sie ist nicht nur ökologisch wichtig, sondern verbessert auch das Stadtklima, vernetzt Lebensräume und erhöht die Attraktivität Thuns als Wohnort. Die Stadt verfügt bereits heute über gute rechtliche Grundlagen, die es zu nutzen und umzusetzen gilt. Hier setzt das Postulat an. Private Gärten und Aussenräume bieten grosses Potenzial für die Vernetzung von Lebensräumen. Naturnahe Flächen etwa durch die örtliche Versickerung von Regenwasser, den Erhalt wertvoller Bäume als Schattenspender und die Schaffung ökologischer Verbindungen über die einzelnen Parzellen hinaus können viel Positives bewirken und mehr Lebensqualität erzeugen. Sie begrüssen sehr, dass der Gemeinderat prüfen will, welche Massnahmen auf privaten Grundstücken unterstützt werden können, wer dafür zuständig ist, wie effiziente Abläufe geschaffen werden können und wie ein einfaches Beratungs- und Förderangebot aussehen kann. Die Prüfung darf jedoch nicht zum Selbstzweck werden. Die rechtliche Grundlage ist bereits vorhanden. Das Baureglement Art. 9 sieht ausdrücklich Beitrage für die ökologischen wirkvollen Massnahmen vor. Die Fördermittel sollen dort eingesetzt werden, wo sie einen nachweisbaren ökologischen Mehrwert schaffen. Sie unterstützen die Erarbeitung klarer Förderkriterien. Die Finanzierung über den Ausgleich von Planungsvorteilen muss rechtlich sauber aber pragmatisch geklärt werden. Die Abklärungen dürfen jedoch nicht dazu führen, dass die vorhandenen Mittel kaum genutzt werden können. Die Stadt soll dort, wo schon rechtliche Grundlagen und sinnvolle Massnahmen bestehen, bereits heute im Rahmen ihrer Möglichkeiten han-

deln und nicht auf das nächste Konzept warten. Die Grünen erwarten von der Prüfung konkrete Ergebnisse. Dazu zählen sie klare Zuständigkeiten, einfache Zugänge für Private, wirksame Förderkriterien, das Schaffen von finanziellen Anreizen sowie eine realistische Einschätzung der personellen und finanziellen Ressourcen. Sie unterstützen die Annahme des Postulats einstimmig.

Die Stadtpräsidentin dankt im Namen vom Gemeinderat für die Voten und bestätigt, dass sie die genannten Punkte mitnimmt.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

99. Überbauungsordnung (UeO) bf «Dahlienweg»

Verabschiedung zuhanden der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung

Bericht des Gemeinderates Nr. 14/2026

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, liest den neuen Antrag vor: «Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen der weiteren Entwicklung des Areals dafür zu sorgen, dass mindestens 1.25 Veloabstellplätze pro Zimmer (1/2 Zimmer sind in der Addition pro Baueinheit mitzuzählen) sowie maximal 0.5 Abstellplätze für Motorfahrzeuge als Zielgrösse vorgegeben werden.»

Die Stadtpräsidentin fragt klärend nach, ob der Antrag Nr. 3 gemäss Tischvorlage gleich bleibt.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, bestätigt, dass der Wortlaut die bisherigen Anträge Nr. 1 und 2 gemäss Tischvorlage ersetzt. Der Antrag betreffend städtebaulichen Vertrag als Ergänzung zur UeO bleibt unverändert bestehen.

Die Stadtpräsidentin beantragt einen Sitzungsunterbruch.

Die Stadtratspräsidentin erklärt auf erneute Nachfrage nochmals, dass Antrag Nr. 1 und 2 der Tischauflage von der Fraktion Grüne zurückgezogen und in eine Ergänzung vom Stadtratsbeschluss umgewandelt wird. Antrag Nr. 3 bleibt wie schriftlich vorliegend bestehen.

Der Stadtratssekretär gibt bekannt, dass er den Antrag soeben allen per Mail zugestellt hat.

Die Sitzung wird für 15 Minuten bis 18.00 Uhr unterbrochen.

Die Stadtpräsidentin nimmt zunächst grundsätzlich zum Geschäft und anschliessend zu den vorliegenden Anträgen Stellung. Das Projekt ist angesichts des tiefen Leerwohnungsstands von grosser Bedeutung. Zusätzlicher Wohnraum ist wichtig, damit auch die nächste Generation in Thun eine Wohnung findet, Platz für Arbeitskräfte geschaffen und dem demografischen Wandel entgegengewirkt werden kann. Die Überbauungsordnung (UeO) und das Projekt der Wohnbaugenossenschaft (WBG Stern) leisten mit rund 45 neuen Wohnungen einen wichtigen Beitrag. Bauherrschaft ist die WBG Stern. Die Stadt schafft mit der UeO den planerischen Rahmen für eine gute Entwicklung. Dem Projekt gingen verschiedene Studien und Wettbewerbsverfahren voraus. Das Siegerprojekt «Zaunkönigin» überzeugte insbesondere durch die hohe Qualität der Aussenräume, Grünräumen, Spiel- und Aufenthaltsbereichen. Es geht somit nicht nur um zusätzlichen Wohnraum, sondern auch um ein qualitativ hochwertiges Wohnumfeld. Sie beantragt die Ablehnung des Antrags, die Anzahl Autoabstellplätze von 0.7 auf maximal 0.5 pro Wohnung zu reduzieren. Das Betriebskonzept Mobilität legt nachvollziehbar dar, wie die Zahl von 0.7 zustande gekommen ist. Dabei wurden der Wohnungsmix, die heutige und künftige Bewohnerschaft, die Ziel-

gruppen sowie wirtschaftliche und strategische Überlegungen berücksichtigt. Ein Monitoring ist vorgesehen, sodass bei Bedarf Anpassungen vorgenommen werden können. Aus materieller Sicht besteht daher kein Grund für eine Änderung. Auch der Antrag auf zusätzliche Veloabstellplätze wird zur Ablehnung empfohlen. Es sind bei 151 Zimmer bereits 164 Veloabstellplätze vorgesehen, also 1.08. Die Bauherrschaft erachtet diese Anzahl bereits als zu hoch, verweist aber dennoch auf die vorgesehenen Reserveflächen, die bei Bedarf ausschliesslich für Veloabstellplätze genutzt werden können. Sie erläutert zudem den Ablauf des Verfahrens. Die öffentliche Auflage hat bereits stattgefunden, ohne dass Einsprachen eingegangen sind. Florian Kühne von Planungsamt hat bestätigt, dass es dies in seiner Zeit noch nie gab. Das zeigt bereits die Qualität von dem Projekt. Anders als beim Bostudenzelg ist die Stadt hier nicht Grundeigentümerin. Die vorliegenden Anträge werden deshalb auch aus verfahrensrechtlichen Gründen zur Ablehnung empfohlen. Zum Antrag auf einen zusätzlichen städtebaulichen Vertrag betont sie die Bedeutung eines stufengerechten Vorgehens. Die UeO und das verbindliche Richtprojekt enthalten bereits verschiedene Bestimmungen zu Aussenraum, Biodiversität, Entwässerung, Schwammstadt und Energie. Ein zusätzlicher Vertrag bringt aus ihrer Sicht keinen wesentlichen Mehrwert. Zielführender ist es, die UeO zu genehmigen und das Projekt mit WBG Stern konsequent umzusetzen. Sie bedauert, dass die Diskussion um die Zusatzanträge die Qualität des Projekts in den Hintergrund rückt. Die Bauherrschaft ist mit einem Vorhaben, das verdichtetes Bauen mit einer hohen Aussenraumqualität und 100 Prozent gemeinnützigem Wohnraum verbindet, auf die Stadt zugekommen. Diesem Engagement wird die aktuelle Diskussion aus ihrer Sicht nicht gerecht. Die Stadtpräsidentin bittet den Stadtrat, der UeO in der vorliegenden Fassung, ohne die beantragten Ergänzungen, zuzustimmen.

Peter Aegerter, **SAKO P+StE**, äussert, dass die Direktionsvorsteherin auf die wesentlichen Punkte hingewiesen hat. Die WBG Stern hat ihren Willen zur Erneuerung der bestehenden Überbauung Dahlienweg schon vor langem geäussert. Die Planung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Thun. Aufgrund des Zustands der Gebäude erscheint eine Sanierung nicht mehr sinnvoll. Mit der neuen Überbauung können rund 50 Prozent mehr Wohnungen geschaffen werden. Das Projekt leistet damit einen weiteren Beitrag zum Ziel von 1'000 zusätzlichen gemeinnützigen Wohnungen bis ins Jahr 2045. Ihnen wurde versichert, dass die maximal mögliche Wohnfläche ausgeschöpft wird, wobei sowohl auf beste Quantität als auch auf beste Qualität geachtet wird. Im Bereich der Biodiversität sind bereits Massnahmen vorgesehen. Die Frage, ob neben dem Betriebskonzept Mobilität auch ein Biodiversitätskonzept erarbeitet werden könnte, wurde diskutiert. In dieser Phase seien noch keine Massnahmen definiert, die wären beim Baugesuch zu berücksichtigen. Hier gilt auch zu berücksichtigen, ob die UeO hierzu das richtige Planungsinstrument ist. Er betont, dass im Rahmen der Kommissionsberatung keine Anträge oder Änderungsanträge gestellt wurden. Die SAKO empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung die UeO in der vorliegenden Form anzunehmen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, hält fest, dass sie die Unterlagen eingehend diskutiert und gewürdigt haben. Sie kommen zum Schluss, dass die vorliegende UeO zu genehmigen ist. Die eingereichten Änderungsanträge lehnen sie klar ab. Sie erachtet es als bedenklich, wenn nach Genehmigung der UeO in der vorberatenen Kommission von Beteiligten nachträglich Änderungen verlangt werden. Dies stellt die Verlässlichkeit infrage. Zum Antrag auf einen zusätzlichen städtebaulichen Vertrag stellt sich die Frage, ob der Stadtrat dafür das richtige Gremium ist. Ein Ratsbeschluss allein legitimiert nicht die Zustimmung der Grundeigentümerschaft und der Baurechtnehmerin zu zusätzlicher Vertragspflicht. Stadtverfassung Art. 32 Abs. 1 litera e schliesst ein direktes Weisungsrecht im Rahmen der Aufsicht vom Stadtrat ausdrücklich aus. Stadtverfassung Art. 43 weist dem Gemeinderat den Vollzug, die Vertretung nach aussen und die nicht anderweitig zugewiesene Befugnis zu. Er sagt klar, dass es nicht möglich ist, einen zusätzlichen städtebaulichen Vertrag reinzunehmen. Er würdigt die heute eingegangene Stellungnahme von Stadtrat Matthias Zellweger als Vertreter der WBG Stern. Weiter würdigt er das Verhalten der WBG Stern und wünscht ihr viel Erfolg bei der Umsetzung. Das Projekt steht im Einklang mit der Stadtentwicklung, also der Innenverdichtung und einer quartierverträglichen Entwicklung. Auch wenn lediglich 15 zusätzliche Wohnungen entstehen, ist dies ein weiterer Schritt zur Erreichung des Ziels von 1'000 zusätzli-

chen gemeinnützigen Wohnungen bis 2045. Sie stimmen der UeO mit 7 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme zu.

Anja Dolder-Gerhardy, **Fraktion Grüne**, begrüsst die Schaffung von 45 gemeinnützigen Wohnungen und den damit verbundenen Beitrag zur Attraktivität Thuns als Wohnstadt sowie zur Innenverdichtung. Sie haben sich intensiv mit dem Geschäft auseinandergesetzt und unterstützen die Ziele hinsichtlich sozialer Durchmischung, Biodiversität, Klimaanpassung, nachhaltige Mobilität und Kreislaufwirtschaft. Sie wünschen sich jedoch mehr Verbindlichkeit. Der Bericht nennt verschiedene Ansätze wie naturnah gestaltete und biodiversitätsfördernde Freiräume, begrünte Dachflächen und Schwammstadtelemente. Diese sind jedoch nicht ausreichend messbar und verbindlich festgehalten. Entscheidend ist, dass die gut formulierten Absichten auch tatsächlich umgesetzt werden. Sie sind sich bewusst, dass in einer UeO nicht alles verbindlich geregelt werden kann. Erfahrungen aus anderen Projekten zeigen jedoch, dass es beim Vollzug und bei der Überprüfung zu Schwierigkeiten kommen kann. Hier setzt der Ergänzungsantrag zum Abschluss eines städtebaulichen Vertrags an. Dieser dient der Qualitätssicherung und soll keine zusätzlichen Hürden schaffen oder das Geschäft verzögern. Sie bitten deshalb darum, den ausformulierten Antrag im rechtlich möglichen Rahmen zu unterstützen. Auch Antrag Nr. 3 tangiert die UeO nicht direkt, sondern betrifft einen ergänzenden Stadtratsbeschluss zur Mobilität und zur Anzahl der Abstellplätze. Sie stellen fest, dass die vorgesehenen Parkplatzangebote, wie bereits beim Siegenthalergut, immer wieder infrage gestellt werden. Sie verweisen auf Erfahrungen aus anderen Projekten und fordern, die Stossrichtung des Bostudenzelg auch am Dahlienweg zu berücksichtigen. Der angepasste Antrag sieht maximal 0.5 Motorfahrzeugabstellplätze pro Wohnung sowie mindestens 1.25 Veloabstellplätze pro Zimmer unter Berücksichtigung der halben Zimmer vor. Sie bitten, diesen Antrag zu unterstützen. Sie stehen hinter dem Projekt und werden der UeO einstimmig zustimmen.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/DA**, spricht sich einstimmig für die UeO Dahlienweg aus. Das Projekt vereint städtebauliche Qualität, soziale Verantwortung und ökologische Nachhaltigkeit. Es stellt einen Gewinn für das Quartier und die Stadt Thun dar. Die offenen Fragen wurden aus ihrer Sicht entweder bereits beantwortet oder stufengerecht in die weitere Planung eingebunden. Mit der Schaffung von 100 Prozent gemeinnützigem Wohnraum leistet das Projekt einen weiteren Beitrag zum Ziel von 1'000 gemeinnützigen und preiswerten Wohnungen. Die Einbahnregelung für Motorfahrzeuge, die Entlastung vom Dahlienweg, das Betriebskonzept Mobilität und die guten Anbindungen an den öffentlichen Verkehrt fördern eine umweltfreundliche Mobilität. Dass die öffentliche Auflage ohne Einsprachen und Rechtsverfahren abgeschlossen werden konnte, ist ein klares Zeichen für die Akzeptanz des Vorhabens. Aus Transparenzgründen sollten die fehlenden aufgeführten Punkte zur Mitwirkung in späteren Projektphasen klar aufgelistet werden. Zu den Anträgen der Grünen zeigt er sich erstaunt und bedauert, dass diese Anliegen nicht bereits in der SAKO eingebracht und diskutiert wurden. Einen zusätzlichen städtebaulichen Vertrag erachtet sie als unverhältnismässigen bürokratischen Eingriff, der die Planungssicherheit für die Grundeigentümer schwächt und das Verfahren unnötig verzögert. Die UeO als rechtsverbindliches Instrument muss ausreichen, um die Nachhaltigkeitsziele zu regeln. Zusätzliche Forderungen nach verbindlicher Umsetzung und Kontrolle der im Stadtratsbericht genannten Massnahmen könnten das Projekt wirtschaftlich unattraktiv oder gar nicht umsetzbar machen. Die Haltung, wonach der Stadtratsbericht offenbar nur mit einer zusätzlichen vertraglichen Absicherung akzeptiert wird, widerspricht ihrer Meinung nach einem vertrauensvollen Verhältnis zwischen der Stadt und den Investoren. Sie lehnen sämtliche eingereichten Anträge ab und unterstützt die UeO einstimmig.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte/Parteilos**, erachtet das Projekt als wertvoll und sinnvoll, da es sich mit zahlreichen städtischen Zielen und Strategien deckt. Er begrüsst die Schaffung von zusätzlichem, qualitativ hochwertigem genossenschaftlichem Wohnraum und hofft auf eine baldige Realisierung. Er nimmt vornweg, dass sie die UeO unterstützen, und wünscht der Bauherrschaft viel Erfolg bei der Umsetzung. Zu den eingereichten Anträgen hält er fest, dass deren rechtliche Durchsetzbarkeit gemäss Aussagen offenbar schwierig ist. Zudem liegt die Federführung nicht bei der Stadt, wodurch deren Handlungsspielraum eingeschränkt ist. Auch ist die Grösse des Projekts nicht mit jener des Bostu-

denzelg oder des Siegenthalerguts vergleichbar. Er bedauert ebenfalls, dass die Anliegen erst zu diesem späten Zeitpunkt eingebracht wurden. Dies erschwert eine sorgfältige Auseinandersetzung und ist auch für die Bauherrschaft unbefriedigend. Er wünscht sich, dass solche Anliegen künftig frühzeitig eingebracht werden. Unklar bleibt ihnen, in welchem Ausmass die Annahme der Anträge das Projekt verzögern könnte. Nach heutigem Stand zeichnet sich innerhalb der Fraktion eine Ablehnung der Anträge ab.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, zeigt sich über die aktuelle Diskussion verwirrt. Die eingebrachten Anliegen, insbesondere die Förderung von Veloabstellplätzen und die Begrenzung der Autoabstellplätze, erachtet er grundsätzlich als sinnvoll. Der späte Zeitpunkt der Anträge ist jedoch problematisch. Als ehemaliger Lokführer vergleicht er die Situation mit dem Wechseln der Räder an einem fahrenden Zug. Angesichts des dringend benötigten Wohnraums darf die UeO nicht gefährdet werden. Er findet, dass man sich mit den Protokolleinträgen nichts vergibt. Diese halten fest, was in der letzten Stadtratssitzung mit den 1.25 Veloabstellplätzen abgemacht wurde. Er stellt sich die Frage, weshalb bei vergleichbaren Voraussetzungen an einem anderen Ort andere Vorgaben gelten. Der Bedarf an Veloabstellplätzen ist aus seiner Sicht nicht zu unterschätzen. Auch die Idee eines städtebaulichen Vertrags ist grundsätzlich sinnvoll, um festzuhalten, welche Massnahmen verbindlich sind, wann sie umgesetzt werden müssen und wie deren Einhaltung überprüft wird. Die eingebrachten Anträge enthalten somit gute Ansätze, kommen jedoch zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Sie werden der UeO geschlossen zustimmen. Wie sie sich zu den einzelnen Anträgen stellen, ist noch offen. Er nimmt die Diskussion zum Anlass, auf zwei eingereichte Vorstösse hinzuweisen. Diese betreffen einerseits klare Richtlinien für die Einreichung von Anträgen zu UeOs und andererseits einheitliche Nachhaltigkeitsvorgaben für künftige Projekte. Damit soll verhindert werden, dass bei jeder UeO erneut über einzelne Vorgaben wie die Anzahl der Parkplätze diskutiert werden muss.

Michelle Marbach (Grüne) betont, dass die UeO für sie im Grundsatz nie umstritten war und sie das Projekt ausdrücklich begrüssen. Der Vorwurf, die Anträge seien zu spät eingereicht worden, ist ihr bewusst. Sie stört sich an der Empörung und fragt sich, welche Aufgabe der Stadtrat noch hat, wenn an dieser Stelle keine Anliegen mehr eingebracht werden dürfen. Sie hätte diese gerne früher eingebracht, doch in der Realität stand ihr dafür einfach zu wenig Zeit zur Verfügung. Der Stadtrat ist schliesslich das Gremium, das die UeO heute genehmigt.

Matthias Zellweger (Parteilos) verzeiht, dass die Anträge spät eingereicht wurden, erachtet es jedoch als unverzeihlich, dass man sich gemäss Argumentation nicht detailliert mit dem Projekt befasst hat. Die Geschichte begann bereits 2014 mit der Anmeldung des Projekts und dem Entscheid der WBG Stern, eine neue Siedlung zu erstellen. Nach sechs Jahren Stillstand konnte 2020 mit der Planung begonnen werden. Als private Bauherrschaft auf privatem Grund musste die Genossenschaft den Prozess selber finden. Mit der Stadt Thun sind sie einzig mit der Unterzeichnung der Charta verbunden. Betreffend Mobilitätskonzept weist er darauf hin, dass die Bemessung die Art der Nutzung und die Bedürfnisse der künftigen Bewohnerschaft berücksichtigt. Nach intensiven Abwägungen wurde eine Lösung mit ausreichend Reserveflächen ausschliesslich für Veloabstellplätze gefunden. Auch die bestehende Velowerkstatt wird in die neue Überbauung integriert. Eine starre Vorgabe von 1.25 Veloabstellplätzen erachtet er als nicht zielführend, da der tatsächliche Bedarf und die Art der Fahrzeuge erst in der Praxis ersichtlich werden. Er betont die Bedeutung der Planungssicherheit für die Bauherrschaft. Der Baubeginn ist für 2029 und die Übergabe für 2031 vorgesehen. Angesichts dieser langen Planungsdauer erachtet er die Diskussion um acht zusätzliche Autoabstellplätze als unverhältnismässig. Er bedauert, dass das grosse Engagement und der Goodwill der Bauherrschaft durch die späten Anträge infrage gestellt werden, und weist auf die negative Signalwirkung nach aussen hin.

Die Stadtpräsidentin verweist auf das Votum von Stadtrat Matthias Zellweger sind, das aufzeigt, welche umfangreichen Überlegungen bereits stattgefunden haben und wie die Bauherrschaft zu den vorliegenden Lösungen gekommen ist. Sie liest Seite 9 vom Mobilitätskonzept vor. Bei der Festlegung der Autoabstellplätze wurde neben den spezifischen Gegebenheiten auch die Zielgruppe, die Wirtschaftlichkeit

und strategische Überlegungen berücksichtigt. Auch für die Veloabstellplätze sind Reserven vorgesehen. Bei steigendem Bedarf können im Innen- und Aussenbereich zusätzliche Abstellplätze geschaffen werden. Ein Monitoring stellt sicher, dass bei Bedarf entsprechende Massnahmen umgesetzt werden. Sie betont, dass sich das Projekt anders als beim Bostudenzelg nicht mehr im Wettbewerbsverfahren befindet und die Stadt nicht Grundeigentümerin ist. Die Forderung nach zusätzlichen vertraglichen Zusicherungen vermittelt ihr ein gewisses Misstrauen. Sie betont, dass die UeO und das verbindliche Richtprojekt bereits zahlreiche verbindliche Vorgaben enthalten. Die Bauherrschaft benötigt Planungssicherheit. Sie bittet darum, die eingereichten Anträge abzulehnen und der UeO zuzustimmen.

Die Stadtratspräsidentin verliest den neuen Antrag der Fraktion Grüne nochmals. Als zusätzliche Ziffer soll in den Stadtratsbericht folgende Formulierung aufgenommen werden: «Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen der weiteren Entwicklung des Areals dafür zu sorgen, dass mindestens 1.25 Veloabstellplätze pro Zimmer (1/2 Zimmer sind in der Addition pro Baueinheit mitzuzählen) sowie maximal 0.5 Abstellplätze für Motorfahrzeuge als Zielgrösse vorgegeben werden.»

Der Rat lehnt diese Ergänzung als zusätzliche Ziffer im Stadtratsbeschluss mit 26 : 9 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab.

Der Rat lehnt den Antrag betreffend städtebaulichen Vertrag als Ergänzung zur UeO bf «Dahlienweg» (Antrag Nr. 3 gemäss Tischvorlage) mit 26 : 8 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat genehmigt mit 39 : 1 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 litera c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 19. August 2026, beschliesst:

1. Verabschiedung der Überbauungsordnung (UeO) bf «Dahlienweg», beinhalten
   - Überbauungsplan 1:500,
   - Überbauungsvorschriften inkl. Anhang Richtprojekt und
   - Änderung Zonenplan I (Bauzonenplan) 1:1'000, Teil Thun 2002, zuhanden der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

100. Postulat P 07/2026 betreffend eine Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Thuner Stadtrats und Gemeinderats

Thomas Lanz (Grüne), Marianna Oesch Bartlome (SP), Lara Müller (Die Mitte) und Fraktion Grüne vom 26. März 2026; Beantwortung

Die Stadtpräsidentin äussert, dass die Amtszeitbeschränkung aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden muss. Die zentrale Frage ist für sie, ob in Thun überhaupt ein entsprechendes Problem besteht. Die Auswertung zeigt, dass dies nicht der Fall ist. Die durchschnittliche Amtsdauer im Stadtrat beträgt rund fünf Jahre, aktuell mit einer Tendenz zu kürzeren Amtszeiten. Vielmehr stellt sich die Frage, ob überhaupt genügend Personen für eine Kandidatur gewonnen werden können. Politisches Engagement in der Freizeit ist keineswegs selbstverständlich. Es gilt gut zu überlegen, ob erfahrene Ratsmitglieder aufgrund einer Amtszeitbeschränkung zum Rücktritt gezwungen werden sollen. Erfahrung ist ein wichtiger Wert. Mit zunehmender Amtsdauer wachsen die Kenntnisse über Dossiers, politische Zusammenhänge und Abläufe. Durch die längere Zusammenarbeit entsteht zudem Vertrauen, einerseits zwischen den Ratsmitgliedern, aber auch zwischen dem Gemeinderat und dem Stadtrat. Es kann überpar-

teilich nach Lösungen gesucht werden. Sollten einzelne Personen zu lange im Amt bleiben, steht es den Parteien frei, interne Amtszeitbeschränkungen einzuführen. Eine städtische Beschränkung ist dafür nicht notwendig. Aus diesen Gründen beantragen sie die Annahme und Abschreibung des Vorstosses.

Marianna Oesch Bartlome, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die sehr ausführliche Prüfung und Stellungnahme. Diese zeigt, dass die Frage der Amtszeitbeschränkung weder einfach noch eindeutig zu beantworten ist. Wichtig ist ihr, dass darüber eine Diskussion geführt werden darf. Die vom Gemeinderat betonten Werte wie Erfahrung, Kontinuität und Wahlfreiheit werden nicht bestritten. Ihnen ist wichtig, dass das politische System in Thun offen, durchlässig und repräsentativ bleibt. Die Zahlen zu den Amtsdauern zeigen, dass dies grundsätzlich der Fall ist und die subjektive Wahrnehmung von der tatsächlichen Situation abweichen kann. Eine Amtszeitbeschränkung kann aus ihrer Sicht den Generationenwechsel fördern und neuen Personen die Übernahme politischer Verantwortung ermöglichen. Weiter wird eine mögliche Machtkonzentration vorgebeugt. In verschiedenen Schweizer Städten ist eine solche Regelung bereits Praxis. Sie ist weiterhin überzeugt, dass eine moderate Amtszeitbeschränkung einen wichtigen Beitrag zum politischen System leisten kann, ohne auf Erfahrung und Kontinuität verzichten zu müssen. Die Stellungnahme liefert eine wertvolle Grundlage für die weitere Diskussion über den richtigen Weg für Thun. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und voraussichtlich grossmehrheitlich abschreiben.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/DA**, nimmt vornweg, dass sie das Postulat ablehnen. Er zeigt sich erstaunt darüber, dass der Urpostulant kurz nach der Einreichung dieses Vorstosses selbst zurückgetreten ist und der Vorstoss aus einer Partei stammt, die über ein langjähriges und wertvolles Mitglied verfügt hat. Er beschränkt sich auf die Titel der Argumentation. Es fehlt der Problemdruck. Wahlfreiheit statt Bevormundung. Erfahrung als Wert. Gerade bei komplexen Geschäften ist die Erfahrung langjähriger Ratsmitglieder von grossem Wert. Zudem steht es jeder Partei frei, eigene Amtszeitbeschränkungen einzuführen. Die Fraktion setzt auf Eigenverantwortung und lehnt eine städtische Regelung ab.

Christoph Lauener, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche historische Aufarbeitung. Ein Problemdruck besteht nicht, wie auch die zahlreichen Neuwahlen zu Beginn der Sitzung zeigen. Eine Regulierung auf Vorrat erachtet er als problematisch und schlecht und sieht darin eine Tendenz, die sich auch bei anderen Themen zeigt. Die Parteien sind in der Lage, Amtszeitbeschränkungen selbst zu regeln. Eine entsprechende Bestimmung gehört nicht in die Stadtverfassung. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Iris Lauper, **Fraktion Grüne**, haben die Stellungnahme gelesen und intensiv diskutiert. Es gibt zahlreiche Argumente dafür wie auch dagegen. Sie werden das Postulat annehmen und nach langer Diskussion auch abschreiben.

Marianna Oesch Bartlome, **SP-Fraktion**, verweist auf die heute diskutierten Governance-Vorstösse und regt an, das Anliegen allenfalls dort einfliessen zu lassen, auch wenn sie bereits ablehnendes Kopfschütteln wahrnimmt.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 21 : 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen als erheblich und schreibt es mit 39 : 1 Stimmen ab.

101. Postulat P 10/2026 betreffend Stärkung der Altersheime, Spitex und Hausärzte durch den Einsatz von Advanced Practice Nurses (APNs)

Mirjam Waber (EDU) und Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte vom 30. April 2026; Beantwortung

Gemeinderat Claudius Domeyer hält fest, dass Gesundheit einer der wichtigsten Aspekte des Lebens ist. Eine gute Gesundheitsversorgung von der Geburt bis ins hohe Alter gehört zu den grossen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft. APNs können insbesondere bei komplexen Gesundheitssituationen und angesichts des Fachkräftemangels eine wichtige Funktion übernehmen. Der Gemeinderat zeigt in seiner Antwort auf, welche Handlungsmöglichkeiten insbesondere bei der Vernetzung und Koordination der Leistungserbringenden im Sozial- und Gesundheitsbereich bereits wirksam ausgeschöpft werden. Die Stadt Thun ist insbesondere im Altersbereich gut unterwegs. Die Fachstelle Gesundheit und Prävention trägt dazu bei, dass die verschiedenen Leistungserbringenden im Austausch bleiben und gemeinsam auf Herausforderungen reagieren können. Er weist darauf hin, dass die Förderung der Vernetzung und die integrierten Gesundheitsversorgung eine politische Daueraufgabe bleibt. Zu der Frage 3 bezüglich Informationsanlass äussert er, dass die Tätigkeit von APNs in der Gesundheitsversorgung sowie auch das Thema Abrechnung derzeit auf übergeordneten politischen Ebenen im Rahmen der Pflegeinitiative diskutiert werden. Der Kanton arbeitet an entsprechenden gesetzlichen Grundlagen für APNs, so dass sie beispielsweise auch Medikamente verschreiben dürfen. Nur so kann eine Entlastung der Hausärzte ermöglicht werden. Der Gemeinderat begrüsst die Integration von APNs in der Grundversorgung, sieht es jedoch nicht als Aufgabe der Stadt, neue Trägerstrukturen zu schaffen oder diesen Entwicklungen vorzugreifen. Die Aufgabe der Stadt liegt insbesondere in der Vernetzung und im Erkennen von Versorgungslücken. Er beantragt die Annahme und Abschreibung des Vorstosses.

Mirjam Waber, **Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte/Parteilos**, spricht sich für eine Stärkung der Spitex, der Altersheime und der Hausärzte durch den Einsatz von APNs aus. Pflegenotstand, steigende Gesundheitskosten und der Hausärztemangel stellen die medizinische Versorgung vor grosse Herausforderungen. Dazu kommen die Streitereien zwischen Politik und Krankenkassen bezüglich Tarife. Sie verweist auf Zahlen des Bundesamts für Statistik aus dem Jahr 2024, wonach bis 2030 schätzungsweise rund 40 Prozent der Konsultationen im primären Versorgungssystem nicht abgedeckt werden könnten. Gleichzeitig wird der Pflegebedarf älterer Menschen zu Hause weiter steigen. Als Pflegefachfrau im Spital erlebt sie im Alltag, dass ältere Menschen häufiger ins Spital eingeliefert werden und sich danach nicht mehr ausreichend erholen, um nach Hause zurückzukehren. Auch kommt es vor, dass Menschen aus Pflegeheimen für ihre letzten Lebensstunden ins Spital gebracht werden, obwohl sie lieber in ihrer gewohnten Umgebung geblieben wären. APNs sind ausgebildete Pflegeexpertinnen mit erweiterten Kompetenzen durch einen zweijährigen Masterabschluss. Sie können Veränderungen im Gesundheitszustand frühzeitig erkennen, entsprechende Massnahmen einleiten und die Zusammenarbeit zwischen Hausärzten, Spitex und Altersheimen stärken. Damit können unnötige Spitaleinweisungen vermieden werden. Sie widerlegt die Aussage von Gemeinderat Claudius Domeyer bezüglich Medikamentenverschreibung. Die Verschreibung von Medikamenten ist nur ein kleiner Teil des möglichen Aufgabengebiets von APNs. Sie verweist auf bestehende Beispiele, bei denen APNs bereits erfolgreich eingesetzt werden. Auch in Thun braucht es aus ihrer Sicht solche Lösungen, damit ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Sie anerkennt die bestehenden Bemühungen des Gemeinderats zur Vernetzung der verschiedenen Leistungserbringenden. In der Antwort auf den Vorstoss fehlt ihr jedoch die medizinische Perspektive. Die Verantwortung kann nicht allein dem Kanton oder den Hausärzten überlassen werden. Auch in der Region gibt es bereits Praxen und freischaffende APNs, was zeigt, dass entsprechende Modelle möglich sind. Insbesondere beim dritten Prüfauftrag sieht sie weiteren Handlungsbedarf. Bei der Betreuung älterer Menschen arbeiten zahlreiche Dienstleistende zusammen, wobei Spitex und Altersheime eine zentrale Rolle einnehmen. Sie regt deshalb eine gemeinsame Weiterbildung zum Einsatz und Wissen von APNs an, unter Einbezug von Institutionen, die bereits mit APNs arbeiten, sowie der Fachschule. Die Prüfaufträge 1 und 2 wird die Fraktion annehmen und abschreiben. Prüfauftrag 3 werden sie nicht abschreiben, damit dieser weiterverfolgt werden kann.

Die Stadtratspräsidentin erinnert daran, sich möglichst kurz zu halten.

Astrick Reist, **Fraktion FDP/DA**, unterstützt das Vorgehen des Postulats und teilt die Einschätzung, dass eine Versorgungslücke vorhanden ist und Handlungsbedarf besteht. Sie weist jedoch auf eine fachliche

Ungenauigkeit in der Begründung hin. Bei den genannten Fachpersonen im MediZentrum Landhaus handelt es sich nicht um APNs, sondern um medizinische Praxiskoordinatorinnen (MPKs). Dies ist hinsichtlich Ausbildung, Kompetenzen und Einsatzmöglichkeiten zu unterscheiden. Das weiss sie selbst als angehende MPK. MPKs haben einen eidgenössischen Berufsausweis FA. Sie übernehmen bereits heute wichtige Aufgaben in Hausarztpraxen und betreuen beispielsweise Menschen mit Diabetes, koronaren Erkrankungen oder geriatrische Patientinnen und Patienten. Dieser bestehende Beitrag zur Grundversorgung darf nicht vergessen gehen. Kritisch beurteilt sie Anreize, APNs gezielt in Hausarztpraxen einzusetzen, da dadurch Fachkräfte aus Altersheimen und Spitälern abgezogen werden. Die bestehenden Leistungserbringenden und Strukturen sind entsprechend zu berücksichtigen und zu nutzen. Die Fraktion unterstützt das Postulat, empfiehlt dessen Annahme und bittet darum, die genannten fachlichen Korrekturen zu berücksichtigen.

Caroline Erni, **Fraktion Grüne**, begrüsst das Modell der APNs und die damit verbundene Diskussion. Sie erachten das Modell als wertvoll und gewinnbringend und sind mit der Annahme und Abschreibung der Prüfaufträge 1 und 2 einverstanden. Zu Punkt drei weist sie darauf hin, dass die Stadt Thun über ein Altersleitbild verfügt, zu dessen Umsetzung der Gemeinderat verpflichtet ist. Ein wichtiges Ziel davon ist, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld leben können, unterstützt durch Spitex, Haus- wie auch Heimärztinnen und Heimärzten. APNs können dabei eine wichtige unterstützende Rolle übernehmen. Die Fraktion kann sich deshalb vorstellen, Prüfauftrag 3 nicht abzuschreiben. Es könnte sinnvoll sein, dass sich die Stadt für Schulungen von Spitex, Altersheimen und Hausärzten einsetzt, damit APNs künftig noch gezielter eingesetzt werden können.

Marianna Oesch Bartlome, **SP-Fraktion**, unterstützt das Postulat und begrüsst die Stossrichtung, Altersheime, Spitex und Hausärztinnen und -ärzte durch den gezielten Einsatz von APNs zu stärken. Gerade angesichts des anhaltenden Fachkräftemangels und der steigenden Nachfrage nach medizinischer und pflegerischer Versorgung erachtet sie eine gute Vernetzung und neue Versorgungsmodelle als sinnvoll. Solange die gesetzlichen Grundlagen nicht angepasst sind, liegen die entsprechenden Zuständigkeiten weiterhin bei den Hausärzten. Erst danach kann die Rolle der APNs klar definiert werden. Bei künftigen grossen Wohnbauprojekten sollen geeignete Strukturen und Flächen für pflegerische Dienstleistungen wie Versorgungspraxen und Gesundheitszentren frühzeitig mitgedacht und die relevanten Akteure einbezogen werden. In der SAKO wurde zugesichert, dass insbesondere die Spitex frühzeitig einbezogen wird. Die Fraktion schreibt Prüfauftrag 3 nicht ab. Aus ihrer Sicht spricht nichts dagegen, dass der Gemeinderat bei einer Änderung der gesetzlichen Grundlagen rasch reagiert.

Mathias Berger, **SVP-Fraktion**, unterstützt das Grundanliegen, dass ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt leben können. Dafür braucht es eine verlässliche medizinische Versorgung wie auch eine gute Zusammenarbeit zwischen Spitex, Hausärzten, Pflegeheimen und weiteren Akteuren. Er verweist auf die Interpellation I 24/2025, in der Wohnangebote mit ergänzenden Infrastrukturen wie Spitex oder Arztpraxen thematisiert wurde. Denkbar ist auch, dass APNs in solchen Strukturen tätig sind. Vom Gemeinderat erwarten sie ein vernetztes Denken, bei dem Wohnen und Versorgung gemeinsam betrachtet werden. Es braucht dafür keine zusätzlichen städtischen Strukturen. Entscheidend sind die Vernetzung, die Unterstützung der beteiligten Akteure und geeignete Rahmenbedingungen. Sie nehmen das Postulat an und schreiben es ab.

Gemeinderat Claudius Domeyer freut sich, hier an seiner ersten Sitzung auch als Pflegefachmann sprechen zu können. Zur Schnittstelle in der Versorgung weist er darauf hin, dass in Thun bereits eine Arbeitsgruppe «Integrierte Versorgung im Alter» besteht, die sich mit dieser Thematik befasst. Er betont, dass aktuell jede Praxis und Institution mit den APNs eigens bestimmen, mit welchen Kompetenzen diese ihre Leistungen erbringen können. Es handelt sich also immer um ärztlich delegierte Leistungen. Es bestehen bereits verschiedene Einzellösungen, beispielsweise im Alters- und Pflegeheimen Wattenwil. Er weist aber darauf hin, dass es trotz dieser innovativen Handlung um einen Flickenteppich geht. Es braucht eine übergeordnete Grundlage, welche deren Einsatz und Kompetenzen klar regelt. Insbesonde-

re muss das TARDOC Tarifsystem angepasst werden, damit APNs entsprechende medizinische Leistungen auch abrechnen können. Solange diese Grundlagen fehlen, erachtet er es als schwierig, wenn die Stadt Thun Informationsveranstaltungen durchführt oder neue Trägerstrukturen aufbaut. Damit würde die Gefahr eines Flickenteppichs mit unterschiedlichen Einzellösungen verschärft werden. Die Stadt soll vielmehr zu guten Lösungen beitragen, sobald die notwendigen Rahmenbedingungen vorhanden und geregelt sind. Er bittet deshalb um Abschreibung des Postulats. Gleichzeitig betont er, dass die Vernetzung von Wohnen, Pflege und Versorgung eine Daueraufgabe bleibt, an der die Stadt Thun weiterhin arbeiten muss.

Mirjam Waber, **Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte/Parteilos**, zeigt sich überrascht über den Begriff «Flickenteppich». Als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung ist es ihre Aufgabe, bestehende Probleme zu thematisieren. In der Altersversorgung besteht aus ihrer Sicht grosser Handlungsbedarf. Thun möchte eine innovative Stadt sein. Wenn die Stadt von ihren Leistungserbringenden erwartet, vorhandenes Wissen frühzeitig weiterzugeben und sich zu vernetzen, entsteht dadurch aus ihrer Sicht kein Flickenteppich. Auch wenn Entwicklungen auf Bundesebene länger dauern, muss die Stadt nicht mit eigenen Handlungsmöglichkeiten zuwarten.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt Ziffer 1 und 2 des Postulats einstimmig als erheblich und schreibt sie einstimmig ab. Ziffer 3 wird einstimmig als erheblich erklärt und mit 24 : 16 Stimmen nicht abgeschrieben.

102. Interpellation I 17/2026 betreffend Umsetzung der nationalen Kampagne gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt in der Stadt Thun

Marianna Oesch Bartlome und Fraktion SP vom 2. Juli 2026; Beantwortung

Marianna Oesch Bartlome, **SP-Fraktion**, ist von der Antwort gemässigt befriedigt und wünscht eine Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Marianna Oesch Bartlome, **SP-Fraktion**, hält fest, dass sexuelle und häusliche Gewalt ein stetiges Problem ist und das Thema auf allen Ebenen diskutiert sowie mit konkreten Massnahmen angegangen werden muss. Die Antwort im Vorstoss zeigt, dass die Stadt bereits verschiedene Massnahmen umgesetzt hat und dran ist. Informationen zur Opferhilfe und zur neuen Nummer 142 werden in städtischen Einrichtungen aufgelegt und über die Sozialen Medien verbreitet. Zusätzlich könnten beispielsweise Sticker dazu beitragen, die Nummer möglichst breit bekannt zu machen. Erfahrungen aus Bern und Zürich zeigen, dass Kampagnen wie «Wir schauen hin» Wirkung entfalten. Sie ist froh, dass auch in Thun mögliche Massnahmen im öffentlichen Verkehr genauer analysiert werden, mit dem Ziel, langfristig etwas zu bewirken. Sie begrüsst den durchgeführten runden Tisch zur besseren Vernetzung. Auch das Amt für Bildung und Sport kooperiert im Bereich der kommunalen Prävention eng mit Programmen wie Communities That Care (CTC), um die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Polizei und Sozialarbeit aufzubauen und zu stärken. Auch betont sie die Wichtigkeit vom Kompetenzzentrum Integration Thun - Oberland (KIO), das durch die Niederschwelligkeit und dem offenen Haus einen wichtigen Beitrag leistet. Wichtig erscheinen ihr auch niederschwellige Angebote ausserhalb der städtischen Strukturen. Betroffene können auch bei Gynäkologinnen und Gynäkologen, Hausärzten oder auf Notfallstationen erreicht werden. Sie bittet deshalb darum, beim nächsten Austausch mit dem Spital anzusprechen, wie dort mit häuslicher Gewalt umgegangen wird. Gleichzeitig ruft sie dazu auf, auch im privaten Umfeld Zivilcourage zu zeigen.

Noëmi Porfido, **Fraktion Grüne**, begrüsst, dass die Stadt die Nummer 142 sichtbar macht, eine Social-Media-Kampagne lanciert und die Vernetzung der Fachstelle weiter stärken will. Sie hofft, dass die In-

formationen mehrsprachig, niederschwellig und einfach formuliert zur Verfügung stehen. Aus ihrer beruflichen Praxis betont sie, dass häusliche Gewalt ein gesellschaftliches Thema ist. Es betrifft alle und ist ein Offizialdelikt. Aus eigener Erfahrung sieht sie bei den Schnittstellen, unter anderem zur KESB, noch Verbesserungspotenzial, insbesondere bei der Sichtbarkeit und Aufklärung der Bevölkerung. Dabei verweist sie auf die Meldepflicht. Fachpersonen im Gesundheits- und Pflegebereich sind zwar häufig gut vernetzt. Eine gute Vernetzung allein bedeutet jedoch noch nicht, dass ausreichend bekannt ist, was Gewalt sein kann und wo Grenzen überschritten werden. Auch Spitäler und weitere Institutionen tragen dabei Verantwortung. Es braucht deshalb Aufklärung, gerade auch darüber, wo psychische Gewalt beginnt. Betroffene müssen beispielsweise erkennen können, wann Kontrolle in einer Beziehung Grenzen überschreitet. Gerade bei sexueller Gewalt spielt Scham eine grosse Rolle. Gleichzeitig gehört auch die Arbeit mit gewaltausübenden Personen zur Prävention. Auch diese müssen wissen, wo sie Unterstützung erhalten können. Sie wünscht sich deshalb noch mehr Sichtbarkeit und Aufklärung, nicht nur in Verwaltungsgebäuden, sondern auch im öffentlichen Raum, in Schulen, im Nachtleben, in Kultur- und Freizeitangeboten und online. Die nationale Kampagne «16 Tage gegen Gewalt» bietet aus ihrer Sicht eine gute Gelegenheit, das Thema in Thun regelmässig und deutlich sichtbar zu machen, ähnlich wie bei den Aktionstagen gegen Rassismus. Sie ist sich bewusst, dass dafür genügend Fachstellen und Ressourcen notwendig sind. Die Aussage, dass keine weitergehenden Massnahmen vorgesehen sind, erachtet sie jedoch als zu zurückhaltend. Prävention beginnt nicht erst, wenn jemand Hilfe sucht, sondern dort, wo Menschen erkennen, dass eine Grenze überschritten wurde, sei es als Opfer oder als Gewaltausübende.

Gemeinderat Claudius Domeyer betont, wie wichtig es ist, die Präventionsmassnahmen wirksam und nachhaltig auszurichten. Dabei soll kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand entstehen, sondern wirkungsvolle und konkrete Massnahmen umgesetzt werden. Die genannten weiterführenden Anliegen wurden aufgenommen. Zu der etwas missverständlichen Antwort, dass keine weiterführenden Massnahmen vorgesehen sind, weist er auf den bereits stattgefundenen runden Tisch hin. Das Anliegen wurde aufgenommen und sie bleiben dran. Ziel ist es, konkret zu prüfen, welche Massnahmen in Thun notwendig und sinnvoll sind. Er betont gehört zu haben, dass die Angebote niederschwellig, mehrsprachig und wirkungsvoll sein sollen.

103. Interpellation I 05/2026 betreffend strategischem Handlungsbedarf bei der Cybersicherheit der Stadt Thun

Mathias Berger (SVP) und Fraktion SVP vom 26. März 2026; Beantwortung

Mathias Berger, **SVP-Fraktion**, ist von der Antwort befriedigt und wünscht keine Diskussion.

104. Postulat P 15/2026 betreffend Revision des Stipendienreglements (SSG 438.301)

Nina Siegenthaler (SP), Fraktion SP und Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte/Parteilos vom 17. September 2026; Dringlichkeitsbeschluss

Nina Siegenthaler, SP-Fraktion, begründet die Dringlichkeit damit, dass die Anliegen rechtzeitig und gleichzeitig in die Umsetzung der Motion M1/2026 betreffend Anpassung Stipendienreglement miteinfliessen können.

Die Stadtpräsidentin äussert, dass sich der Gemeinderat der Dringlichkeit nicht widersetzt.

Der Rat genehmigt die Dringlichkeit grossmehrheitlich.

- Postulat P 25/2026 betreffend «Klimabäume für Thun» - gegen Hitze, für mehr Schatten und mehr Lebensqualität; Caroline Erni (Grüne), Fraktion Grüne, Fraktion SP, Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte/Parteilos vom 17. September 2026
- Postulat P 26(2026 betreffend mehr Sicherheit für Velofahrende im Bereich Lauitorkreisel - Einmündung Lauenen; Caroline Erni (Grüne), Fraktion Grüne, Fraktion SP, Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte/Parteilos vom 17. September 2026
- Interpellation I 19/2026 betreffend Velounfälle in der Stadt Thun; Thomas Bieri (SVP), Fraktion SVP vom 17. September 2026
- Interpellation I 20/2026 betreffend Hitzebelastung und Kühlung in Thuner Schulhäusern; Nina Siegenthaler (SP), Fraktion SP vom 17. September 2026
- Interpellation I 21/2026 betreffend Schadaugärtnerei - Zwischennutzung und Weg zur definitiven Nutzung; Marianna Oesch Bartlome (SP), Martin Allemann (SP), Fraktion SP vom 17. September 2026
- Interpellation I 22/2026 betreffend Aktionsplan Klima 2023-2027 der Stadt Thun: Wo stehen wir bei der Umsetzung?; Alice Kropf (SP), SP-Fraktion vom 17. September 2026
- Interpellation I 23/2026 betreffend Auslastung und Weiterentwicklung städtisches Parkhaus Casino; Alice Kropf (SP), Fraktion SP vom 17. September 2026
- Interpellation I 24/2026 betreffend Transparenz bei der Vergabe städtischer Gebäude und Areale; Michelle Marbach (Grüne), Fraktion Grüne vom 17. September 2026
- Interpellation I 25/2026 betreffend Stadtoase Hotel Aare Thun; Adrian Christen (SP), Fraktion SP und Mitunterzeichnende vom 17. September 2026
- Interpellation I 26/2026 betreffend Wasserverbrauch und Wasserverluste; Adrian Christen (SP), Fraktion SP und Mitunterzeichnende vom 17. September 2026
- Interpellation I 27/2026 betreffend Wasserversorgung in Thun - Versorgungssicherheit in Zeiten von Hitze und Trockenheit; Michelle Marbach (Grüne), Fraktion Grüne vom 17. September 2026

Die Stadtratspräsidentin

Alice Kropf

Der Stadtratssekretär

Christoph Stalder

105. Interpellation I 19/2026 betreffend Velounfälle in der Stadt Thun

Thomas Bieri, Fraktion SVP vom 17. September 2026; Dringlichkeitsbeschluss

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit damit, dass je nach Antworten von Gemeinderat weitere Vorstösse geplant sind. Weiter wollen sie aufgrund der Thematik der zahlreichen Unfälle so schnell wie möglich etwas ändern.

Die Stadtpräsidentin betont, die Fragen gerne zu beantworten. Sie sehen die Dringlichkeit jedoch nicht als gegeben und beantragen die Ablehnung

Der Stadtrat lehnt die Dringlichkeit grossmehrheitlich ab.

Mitteilungen

Der Stadtratssekretär informiert, dass die Reserve-Sitzung vom 20. November nicht stattfindet.

Die Stadtratspräsidentin weist darauf hin, dass die für heute angedachte Führung vom Kunstmuseum aufgrund einer Sitzung der Präsidienkonferenz auf den Oktober verschoben wurde und dann vor der Stadtratssitzung stattfinden wird. Eine Einladung dazu folgt.

Die Stadtratspräsidentin schliesst die Sitzung um 19.45 Uhr.

Eingänge

- Postulat P 15/2026 betreffend Revision des Stipendienreglements (SSG 438.301); Nina Siegenthaler (SP), Fraktion SP und Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte/Parteilos vom 17. September 2026
- Postulat P 16/2026 betreffend S-Bahn-Haltestelle Thun Nord - wie geht es weiter?; Vanessa Meier (GLP), Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte/Parteilos vom 17. September 2026
- Postulat P 17/2026 betreffend leistungsfähige Schulen auch im Sommer: Klassenräume der Volksschule Thun wirksam kühlen; Mark van Wijk (FDP), Fraktion FDP/DA vom 17. September 2026
- Postulat P 18/2026 betreffend Prüfung von mobilen Bäumen und weiteren flexiblen Begrünungsmassnahmen zur Minderung von Hitzeinseln in der Stadt Thun; Mark van Wijk (FDP), Franz Schori (SP), Fraktion FDP/DA vom 17. September 2026
- Postulat P 19/2026 betreffend Citymanagement für eine lebendige und zukunftsfähige Thuner Innenstadt; Marianna Oesch Bartlome (SP), Fraktion SP, Fraktion Grüne, Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte/Parteilos vom 17. September 2026
- Postulat P 20/2026 betreffend ein «Klimaangepasstes Thun»; Adrian Christen (SP), Fraktion SP, Fraktion Grüne vom 17. September 2026
- Postulat P 21/2026 betreffend barrierefreie und inklusive Arbeitsplätze bei der Stadt Thun; Franz Schori (SP), Noëmi Porfido (Grüne), Michael McGarty (GLP), Jonas Baumann-Fuchs (EVP), SP-Fraktion vom 17. September 2026
- Postulat P 22/2026 betreffend eine Übergangslösung für mehr Wasserflächen im Winterhalbjahr, bis 2050 ein Hallenbad eröffnet wird; Franz Schori (SP), Alex Reymondin (SVP), Michael McGarty (GLP), Fraktion SVP, Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte/Parteilos vom 17. September 2026
- Postulat P 23/2026 betreffend Fussverkehr verbindlich planen: Kommunalen Richtplan Fussvekehr er arbeiten; Michelle Marbach (GRÜNE), Fraktion GRÜNE, Fraktion SP, Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte/Parteilos vom 17. September 2026
- Postulat P 24/2026 betreffend effiziente Baubewilligungsverfahren, Gewässerschutzprüfungen und Verfahren beschleunigen; Melissa Gugger (Grüne), Fraktion Grüne vom 17. September 2026